

Urheberrechtsnovelle: Zwischenstand in Sachen Korb Zwei

Der Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V. hielt am 27.1.2004 im Deutschen Bundestag in Berlin eine Sitzung unter dem Thema „Urheberrecht 2. Korb - Anpassung des Urheberrechts an die Informationsgesellschaft“ ab. Den Vorsitz führte MdB Hans-Joachim Otto, Referenten waren Dr. Christophe Geiger vom MPI, MinDir. Dr. Elmar Hucko, der für das Urheberrecht zuständige Abteilungsleiter im BMJ, und Frau Dr. Andrea Huber, Microsoft. Nach den Referaten folgte eine Diskussion der ca. 60 Teilnehmer.

Dr. Geiger führte in seinem Referat allgemein in die Grundzüge des Urheberrechts vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion ein. Schwerpunkt seines Referats war der Hauptstreitpunkt des zweiten Korbs: die Zulässigkeit der digitalen Privatkopie. Dabei ging er auf deren historische Wurzeln sowie Sinn und Zweck ein und leitete daraus ab, dass die digitale Privatkopie prinzipiell erhalten bleiben und zulässig sein muss. Interessant ist dabei seine Unterscheidung zwischen produktiver und konsumtiver Nutzung der Privatkopie. Im Interesse der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Wissensgesellschaft soll die Nutzung bestehender Kulturgüter zur produktiven Schaffung neuer Kulturgüter also weiterhin frei zulässig sein, während die rein konsumtive Privatkopie, etwa von Filmen oder Musik, untersagt bzw. von der Zustimmung der Rechtsinhaber abhängig gemacht werden könne. Freier Zugang bedeutet nach der Ansicht von Geiger nicht, dass die Nutzung auch umsonst, also kostenfrei zulässig sein solle. Vielmehr ist am bisherigen pauschalen Vergütungssystem zumindest so lange festzuhalten, bis Digital Right Management Systeme (DRM) in der Lage sind, zwischen produktiven und konsumtiven Privatkopien zu unterscheiden. Er schloss sein Referat sinngemäß mit dem Zitat: Wenn ihr wollt, dass wir die Gesetze beachten, dann schreibt sie so, dass wir sie lieben können.

Dr. Hucko stellt die wesentlichen Überlegungen und Streitpunkte der bisherigen Diskussionen in den elf Unterarbeitsgruppen der Arbeitsgruppe zum Korb Zwei vor. Die Arbeitsgruppen befassen sich mit den Themen: Vergütungssysteme (individuell vs. pauschal), Teilhabe der Sender an den Vergütungen, Kabelweitersendung, Vermieten und Verleihen, Schranken, Durchsetzung der Privatkopie gegen Kopiersperren, Rechtedurchsetzung im Internet, unbekanntes Nutzungsart und die Nutzung von Archivbeständen, Filmrecht, Ausstellungsvergütung und Goethetroschen.

Insgesamt sei die Stimmung in den Arbeitsgruppen positiv und konstruktiv; eine Einigung in den wesentlichen Fragen zeichne sich ab. Stark umstritten und wohl nicht konsensfähig wäre im Wesentlichen nur das Thema der Zulässigkeit digitaler Privatkopien. Dr. Hucko verwies hierzu auf seinen Beitrag in der aktuellen Festschrift für Nordemann. Ausstellungsvergütung und Goethetroschen wären eher Randthemen, die wohl kaum mehrheitsfähig seien.

In der Frage der pauschalen Vergütung vs. individueller Vergütung mittels DRM-Systeme zeichnet sich ab, dass wohl beides auf absehbare Zeit parallel existieren müssen. Manche Inhalte seien nicht schützenswert, insb. nicht in der analogen Welt, in anderen Fällen wollen die Verwerter keinen Kopierschutz einsetzen, aber dennoch an Vervielfältigungshandlungen partizipieren. Es muss aber klar sein, dass es zu keiner Doppelvergütung kommt, also wenn eine Musik-CD z.B. vollen Kopierschutz hat, dann dürfe sie nicht auch noch an GEMA-Ausschüttungen partizipieren.

Bei der Frage, wer die Höhe der Vergütungen künftig festsetzen soll - bisher war das der Gesetzgeber, vgl. Anl. zu § 54 UrhG -, zeichnet sich eine neue Lösung ab. Die Idee, dass dies im Wege einer Verordnung durch das BMJ oder das BMWA erfolgen soll, scheint vom Tisch zu sein. Favorisiert wird die Lösung, dass die sachnäheren Beteiligten - Geräteindustrie und Verwertungsgesellschaften - die Höhe i.R.v. Gesetzgeber vorgegebener Kriterien selbst festsetzen. Hierzu soll etwa auf empirisch ermittelte Zahlen zur Nutzung bestimmter Geräte zum Kopieren von geschütztem Material zurückgegriffen werden. Auch soll die Leistungsfähigkeit von Speichermedien berücksichtigt werden. Dabei müssten die Verwertungsgesellschaften wohl von ihren realitätsfernen, überholten und überzogenen Vorstellungen Abstand nehmen. Eine weitere Idee ist, die Vergütungshöhe prozentual zum Verkaufspreis der Geräte oder Trägermedien zu deckeln, z.B. auf 3%. Eine konkrete Zahl wird sich aber wohl nicht im Gesetz wiederfinden, sondern eher eine allgemeine Beschreibung, dass eine vernünftige Relation zwischen Vergütungshöhe und Abgabepreis bestehen müsse, die nicht nachteilig in die Markt- und

Wettbewerbsverhältnisse in Deutschland eingreift, die Käufer also nicht ins Ausland treibt. Das Problem, dass die Geräteindustrie z.B. bei Druckern die Gerätepreise sehr niedrig ansetzt und das Geld über teures Zubehör, wie z.B. Druckerpatronen, verdient, wird dabei durchaus gesehen. Bei Geräteketten soll nicht bei allen Geräten der volle Vergütungssatz erhoben werden, sondern ein anteiliger. Multifunktionsgeräte sind ebenfalls in ihren Besonderheiten zu berücksichtigen. Insgesamt müssen sich wohl auch die Verwertungsgesellschaften den geänderten Verhältnissen anpassen und von zu hohen Forderungen runterkommen und ihr Vergütungsaufkommen lieber über eine Vielzahl kleinerer Vergütungen auf einer größeren Masse steigern.

Dr. Hucko widersprach Dr. Geiger in seiner Meinung zu den Gründen des historischen Gesetzgebers für die Legalisierung der Privatkopie und verwies dabei auf sein Studium der Akten des BMJ und seinen Beitrag in der aktuellen Festschrift für Nordemann. Die Privatkopie wurde legalisiert, um „kassieren“ zu können, da man das Verbot in Privatwohnungen nicht kontrollieren und durchsetzen konnte. Wenn man das nun durch technische Mittel, etwa den Kopierschutz und die Verschlüsselung kann, bedarf es der Legalisierung nicht mehr, was aber politisch kaum durchsetzbar sei. Zumindest für den Film- und Musikbereich könnten aber ggf. Sonderrechte geschaffen werden. Diskutiert wird auch eine Differenzierung nach Online- und Offlinenutzung oder danach, ob man selbst kopiert oder kopieren

Urheberrechtsnovelle: Zwischenstand in Sachen Korb Zwei

MMR 2004 Heft 3 XXVIII 

lässt. Letztere Differenzierung führt aber nicht zu überzeugenden Ergebnissen.

Ein weiteres großes Problem seien die in Archiven, insb. der öffentlichen Rundfunkanstalten, schlummernden Kulturschätze, die für das Digitalzeitalter gehoben werden müssten. Das Problem bestehe hier in § 31 Abs. 4 UrhG, der Regelung, die vertragliche Vereinbarungen über unbekanntete Nutzungsarten nicht zulässt und zu einer Nachverhandlung und Honorierung der Urheber bzw. deren Erben zwingt. Es wird überlegt, diese Regelung entfallen zu lassen und etwa bei der Archivnutzung einen Vergütungsanspruch einzuführen, der von den Verwertungsgesellschaften wahrgenommen wird.

Dr. Huber, bei Microsoft Deutschland zuständig für politische Kommunikation, plädierte dafür, Pauschalvergütungen auslaufen zu lassen, da das DRM-System inzwischen ausgereift, hackersicher und marktfähig sei. Die Pauschalvergütungen wären ungerecht und intransparent für den Nutzer, der m.E. davon in der Regel aber nichts weiß und damit bei Audio- und Video-Kassetten-Leermedien sehr gut gelebt hat. Die Referentin verwies weiter auf das EU-Recht, das zwar einen gerechten Ausgleich für die Nutzung von urheberrechtlich geschütztem Material innerhalb der Schranken fordert, aber zum einen nicht zur Pauschalvergütung als gerechtem Ausgleich zwingt und zum anderen zumindest hinsichtlich der Vergütungshöhe eine Berücksichtigung eines etwaigen Kopierschutzes fordert.

Mit anderen Worten: Bei vollem Kopierschutz ist keine Nutzung innerhalb der Schranken möglich, also soll auch die Pauschalvergütung Null sein. M.E. ist schon die rechtliche Zulässigkeit des totalen Kopierschutzes, der die Nutzung innerhalb von Schranken unmöglich macht, sehr zweifelhaft und zum anderen kann die Abrechnung über DRM-Systeme nur bei digitaler Werknutzung funktionieren; bei analoger Werknutzung bedarf es wohl weiter der pauschalen Vergütungen. Auch darf m.E. kein Urheber oder Verwerter gezwungen werden, Kopierschutz und DRM-Systeme einzusetzen.

MdB Otto eröffnete die Diskussion und merkte an, dass die von Dr. Geiger bekräftigte Informationsfreiheit kein Recht auf Unterhaltungsfreiheit und kostenloses Entertainment gewährt. Der Informationszugang muss zwar zensurfrei, aber nicht kostenfrei sein. Er regt an, über eine Preisdifferenzierung bei Produkten mit und ohne Kopierschutz auf Seiten der Industrie nachzudenken. In der aus Zeitgründen knappen Diskussion meldeten sich im Wesentlichen die Vertreter der Verwerter, die Film- und Musikindustrie zu Wort. Durch den Verband der Fotojournalisten Freelens wurde die Einbeziehung eines Schadensersatzes in doppelter Höhe der üblichen Vergütung, wie er jetzt auch in einem Entwurf zu einer Richtlinie der Rechtsdurchsetzung von der EU-Kommission vorgesehen wird, in den Korb Zwei gefordert.

RA David Seiler, Mainz.